

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 30.04.2026
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:13 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Julian Fresch CDU

Mitglieder

Wolfgang Dutsch CDU

Heidemargret Garling CDU

Jens Bergstein CDU ab 19:56 Uhr, TOP 10.1.2

Johanna Bergstein CDU

Anja Lembach CDU

Jan Lüchau CDU

Jochen Peter Lüchau CDU

Hendrik Thomascheski CDU

Bernhard Weidenbach CDU

Torben Wunderlich CDU

Sabine Zedler CDU

Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Verena Heyer Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärgel Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Thomas Wöstmann Bündnis 90 / Die Grünen ab 19:10 Uhr, TOP 2

Lothar Barop SPD

Gerrit Baars SPD

Heidi Keck SPD

Alexandra Petersen SPD

Norman Rothe SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Angela Drewes WSI

Philipp Grüßner WSI

Birgit Neumann-Rystow WSI

Ingrid Paradies WSI

Antje Hellmann-Kistler FDP

Jörg Hohner FDP

Klaus Koschnitzke FDP

Nina Schilling FDP

Patrick Eichberger	DIE LINKE im Rat
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE im Rat
<u>Umweltbeirat</u>	
Maximilian vom Bruch	Umweltbeirat
<u>Jugendbeirat</u>	
Leo Merlin Tschamper	Jugendbeirat
<u>Seniorenbeirat</u>	
Helga Nikodem	Seniorenbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Julia Fisauli-Aalto	Bürgermeisterin
Claudia Friederich	Erste Stadträtin
Kirsten Gragert	Protokollführung
Claudia Broekhuis	Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt

AbwesendMitglieder

Ursula Lauenstein	CDU	entschuldigt
Holger Craemer	Bündnis 90 / Die Grünen	entschuldigt
Laurin Schwarz	SPD	entschuldigt
Peter Ammer	WSI	entschuldigt

Umweltbeirat

Cornelia Mayer-Schwab	Umweltbeirat	entschuldigt
-----------------------	--------------	--------------

Jugendbeirat

Emma Drewke	Jugendbeirat	entschuldigt
-------------	--------------	--------------

Seniorenbeirat

Uwe Schiemann	Seniorenbeirat	entschuldigt
---------------	----------------	--------------

Verwaltung

Ralf Waßmann	Fachbereichsleitung Bürgerservice	entschuldigt
--------------	--------------------------------------	--------------

Gäste:

5 Einwohner*innen

3 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 11 bis 13.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
 - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner



- 2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.03.2026
- 3 Nachbesetzung von Gremien
- 4 Neues stimmberechtigtes Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH ab 01.05.2026
- 5 Genehmigung der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Stadtparkasse Wedel BV/2026/032
- 6 Bebauungsplan Nr. 82 „Gewerbegebiet Kronskamp - Rissener Straße“, 2. Änderung „Lidl“ hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung BV/2026/024
- 7 Privilegierung der Kulturnacht 2026 BV/2026/028
- 8 Mitarbeiterbindung- und -gewinnung Einführung Firmenfitness BV/2026/029
- 9 Neufassung der Gesellschaftsverträge der Stadtwerke Wedel GmbH und ihrer Tochtergesellschaften BV/2026/030
- 10 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 10.1 Bericht der Verwaltung
- 10.1.1 Sachstand vorangegangene Beschlüsse MV/2026/029
- 10.1.2 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/019
- 10.1.3 Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der FDP-Ratsfraktion (Rat 13.11.2025) zur Verlagerung des Standesamtes in das Reepschlägerhaus oder die Einrichtung eines Trauzimmers als Außenstelle des Wedeler Standesamtes. MV/2026/030
- 10.1.4 Straßenreinigungs- und Gebührensatzung MV/2026/031
- 10.1.5 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 10.1.6 Bericht aus den Beteiligungen MV/2026/032
- 10.2 Öffentliche Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.02.2026
- 12 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.03.2026
- 13 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 13.1 Bericht der Verwaltung
- 13.1.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 13.1.2 Bericht aus den Beteiligungen
- 13.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 14 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es wird eine Frage zur Fahrradstraße Bahnhofstraße gestellt und um schriftliche Beantwortung gebeten.

Deklaratorisch weist der Vorsitzende daraufhin, dass der Fragesteller Einwohner dieser Stadt ist. Ein Fragerecht für Vereine und Verbände sehe die Gemeindeordnung SH nicht vor.

Anlage 1 TOP 1.2 Anfrage zur Fahrradstraße

2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.03.2026

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 26.03.2026 wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen und gilt damit als genehmigt.

3 Nachbesetzung von Gremien

Es liegt ein Nachbesetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor.

Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN beantragt folgende Umbesetzung ihrer stellvertretenden Mitglieder im Bildungs-, Kultur und Sportausschuss (BKS):

	Bisheriges Mitglied	Neues Mitglied
1. Stellvertretung	Petra Kärgel	Arne Thon
2. Stellvertretung	Thomas Wöstmann	Aysen Ciker
3. Stellvertretung	Aysen Ciker	Petra Kärgel
4. Stellvertretung	Fynn Ole Müller	Thomas Wöstmann
5. Stellvertretung	Friederike von Nobbe	Fynn Ole Müller
6. Stellvertretung	Tobias Kiwitt	Friederike von Nobbe

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig



Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0

Anlage 1 TOP 3 Antrag_Gru?ne_Gremienumbesetzg_2026-04-30

4 Neues stimmberechtigtes Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH ab 01.05.2026

Es liegt ein Nachbesetzungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Beschluss:

Die SPD -Fraktion schlägt Frau Sophia Jacobs-Emeis als Nachfolgerin von Frau Heidi Keck vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0

Anlage 1 0426 Nachbesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Wedel

5 Genehmigung der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Stadtparkasse Wedel

BV/2026/032

Der Vorsitzende trägt den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 5 Absatz 2 Nr. 5a des Sparkassengesetzes Schleswig-Holstein (SpkG) die (Wieder-)Bestellung von Herrn Florian Graßhoff zum Vorstandsmitglied der Stadtparkasse Wedel ab dem 01.01.2027.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig



Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0

Der Vorsitzende beglückwünscht Herrn Graßhoff und wünscht ihm im Namen des Gremiums für seine weitere Tätigkeit viel Erfolg und alles Gute.

6 Bebauungsplan Nr. 82 „Gewerbegebiet Krons Kamp - Rissener Straße“, 2. Änderung „Lidl“

BV/2026/024

hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Vorsitzende des Planungsausschusses bringt den Beschlussvorschlag ein.

Es liegt dazu eine Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur ökologischen Bauweise vor.

Die SPD-Fraktion regt an, noch eine weitere Etage zum Beispiel für Ärzte unterzubringen. Die Fachbereichsleiterin Bauen und Umwelt sagt, der Entwurf werde im weiteren Verfahren noch verfeinert.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

- a. die 2. Änderung „Lidl“ des Bebauungsplans Nr. 82 „Gewerbegebiet Krons Kamp - Rissener Straße“ aufzustellen und den Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB durchzuführen.
- b. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB.

Der Geltungsbereich der 2. Änderung „Lidl“ des Bebauungsplans Nr. 82 „Gewerbegebiet Krons Kamp - Rissener Straße“ beinhaltet eine ca. 9.600 m² große Fläche an der Rissener Straße 112-114. Der aktuell auf der Fläche bestehende Discounter soll durch einen Neubau mit einer größeren Verkaufsfläche ersetzt werden. Die zu überplanende Fläche besteht aus den Flurstücken 65/1 (zum Teil), 28/83 (zum Teil), 28/91 (vollständig) und 28/92 (vollständig) aus Flur 11, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist zudem dem in der Anlage 1 beigefügten Plan zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0

7 Privilegierung der Kulturnacht 2026

BV/2026/028

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses bringt den Beschlussvorschlag ein.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, für das 1. Halbjahr 2026 folgende Veranstaltung zu privilegieren:

- Kulturnacht am 30.05.2026

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0

8 Mitarbeiterbindung- und -gewinnung

BV/2026/029

Einführung Firmenfitness

Der Vorsitzende trägt die Vorlage vor, die im Haupt- und Finanzausschuss in den Rat verwiesen wurde.

Die CDU-Fraktion stellt einen Vertagungsantrag und erläutert diesen. In der Fraktion habe noch keine Beratung in der Sache erfolgen können.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sieht in dieser Maßnahme ein positives Zeichen an die Mitarbeitenden, könne aber eine Vertagung in den Haupt- und Finanzausschuss mittragen.



Die WSI-Fraktion würde den Beschlussvorschlag nicht mittragen, weil sie nicht überzeugt ist, dass ein*e Mitarbeiter*in aus diesem Grund bei der Stadtverwaltung Wedel bleibt oder nach Wedel kommt. Diese finanziellen Mittel werden dann an anderer Stelle weggenommen.

Die SPD-Fraktion würde sowohl dem Beschlussvorschlag als auch einer Vertagung zustimmen. Insgesamt sei diese Maßnahme als Ausdruck des Bemühens um Mitarbeitende und als Zeichen für die Gesunderhaltung zu sehen. Krankheit koste mehr Geld. Unternehmen, die etwas auf sich halten, bieten etwas Derartiges an. Die Stadt Wedel stehe da in Konkurrenz zu anderen Unternehmen sowie dem Kreis Pinneberg.

Frau Petersen ergänzt, dass laut Studien in Google sportliche Menschen tendenziell glücklicher und belastbarer seien.

Da das Thema nun doch debattiert wird, möchte Frau Süß auch den Standpunkt der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vortragen, der zum Teil bereits von der SPD-Fraktion vorgetragen wurde. Die Diskussion sei ein richtiges Zeichen zur richtigen Zeit und die Politik könne an dieser Stelle Zeichen setzen.

Sie benennt folgende Eckpunkte:

- Teil des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- Wertschätzung
- Anerkennung der Leistung
- Keiner bleibt oder kommt wegen diesem Angebot, aber einen Unterschied mache es schon.

Herr Eichberger schließt sich an und begrüßt den präventiven Charakter. Ein Signal mit Stellenwert. Solche Programme seien selten überzeichnet.

Die Bürgermeisterin ist erfreut über die positiven Rückmeldungen. Sie werde das in der Dienstversammlung vorsichtig weitertragen. Sie erinnert daran, dass die Stadt Wedel mit der Privatwirtschaft und dem Kreis Pinneberg wettbewerbsfähig bleiben muss. Das Image der Stadt müsse insgesamt verbessert werden.

Herr Grüßner berechnet die Zahlen und Herr Dutsch bittet um eine Darstellung, wie hoch der tatsächliche finanzielle Aufwand ist.

Die Erste Stadträtin antwortet, dass davon auszugehen sei, dass nicht alle das Angebot nutzen und die Summe nicht voll ausgeschöpft werde.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag in den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0



9 Neufassung der Gesellschaftsverträge der Stadtwerke Wedel GmbH und ihrer Tochtergesellschaften BV/2026/030

Die Beschlussvorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss in den Rat vertagt.

Frau Süß stellt zwei ergänzende Fragen, die aber nicht die Verträge in Frage stellen. Eine Vertagung hält sie daher für nicht notwendig.

1. In dem Vertrag stehe nichts über die Gültigkeit des Vertrages. Ab wann soll der Vertrag gelten? Wie ist das geplant?
2. Durch die neuen Regelungen im Aufsichtsrat werden die Mitglieder nicht mehr von den Stadtwerken entsendet, sondern der Rat bestimmt die neuen Mitglieder. Was passiert mit den bestehenden Aufsichtsräten? Bleiben sie im Amt oder müssen sie neu bestimmt werden?

Die Erste Stadträtin sagt Klärung zu.

Die Beschlussvorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss in den Rat vertagt.

Frau Süß stellt zwei ergänzende Fragen, die aber nicht die Verträge in Frage stellen. Eine Vertagung hält sie daher für nicht notwendig.

1. In dem Vertrag stehe nichts über die Gültigkeit des Vertrages. Ab wann soll der Vertrag gelten? Wie ist das geplant?
2. Durch die neuen Regelungen im Aufsichtsrat werden die Mitglieder nicht mehr von den Stadtwerken entsendet, sondern der Rat bestimmt die neuen Mitglieder. Was passiert mit den bestehenden Aufsichtsräten? Bleiben sie im Amt oder müssen sie neu bestimmt werden?

Die Erste Stadträtin sagt Klärung zu.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Bürgermeisterin zu beauftragen, als Gesellschaftsvertreterin wie folgt zu beschließen: Die Geschäftsführung der Stadtwerke Wedel GmbH wird beauftragt, die Satzungen der Stadtwerke Wedel GmbH, der Kombibad Wedel GmbH, der Stadtwerke Wedel Service GmbH und der Stadtwerke Wedel Beteiligungs-GmbH gemäß der dem Originalprotokoll beigefügten Entwürfe zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	35	0	0
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8	0	0
SPD-Fraktion	6	0	0
WSI-Fraktion	4	0	0
FDP-Fraktion	4	0	0
Die Linke im Rat	2	0	0

10 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

10.1.1 Sachstand vorangegangene Beschlüsse

MV/2026/029

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10.1.2 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/019

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Dem Seniorenbeirat ist es nach wie vor wichtig zu den Themen der Haushaltssicherung gehört zu werden. Das erscheine schwierig, wenn der Seniorenbeirat nicht weiß, worum es geht. Es gehe hier um Termine in der Volkshochschule. Das Kernteam um die Projektgruppen sollte erweitert werden.

Die Bürgermeisterin ist verwundert. Beteiligen heiße nicht zwingend zu AG's eingeladen zu werden, sondern könne im Ausschuss, durch Ansprache, Telefonate oder Umfragen erfolgen. Es müsse nicht immer Arbeitsgruppen geben, die sich zusammensetzen. Viel geschehe im laufenden Geschäft der Verwaltung. Sie werde aber die Anmerkung an die Leitung der Volkshochschule weitergeben.

Frau Süß habe sich schon öfter gefragt, warum sie Protokolle nicht einsehen dürfe und ob es überhaupt Protokolle der Arbeitsgruppen gibt.

Die Bürgermeisterin bejaht die Frage nach den Protokollen. Aber da so viel durchgestochen werde bittet sie darum, der Verwaltung zu vertrauen.

Herr Eichberger bittet darum, eine Farbanpassung beim Punkt 12/13 zum Mittendrin vorzunehmen. Das sei bereits beschlossen und müsste grün gekennzeichnet sein.

Die Bürgermeisterin werde das weitergeben.

Frau Drewes findet die Diskussion um die Protokolle schwierig. Der Rat überprüft die Verwaltung. Sie übertreibt sehr bewusst und sagt, theoretisch könne auch jemand aus der Verwaltung Informationen durchstechen. Sie wolle das gar nicht weiter in den Raum stellen, aber der Rat habe seine Aufgabe zu erfüllen.


Der Vorsitzende erinnert daran, dass der Rat rechtlich auch Teil der Verwaltung ist.

Frau Keck liege auf der gleichen Linie wie Frau Drewes. Es sei keine glückliche Lösung, den Rat so wenig wie möglich einzubeziehen. Es müsse nicht jede Sitzung sein, aber die Argumentation sei ziemlich unglücklich und gebe einen Generalverdacht gegen den Rat. Jedes Ratsmitglied habe ein Recht auf Akteneinsicht.

Die Bürgermeisterin geht da völlig einig. Aber sie müsse die Verwaltung schützen und es müsse gemeinsam ein Weg gefunden werden.

Sie lässt noch einmal aufbereiten, inwieweit aus den Protokollen Mitteilungsvorlagen und Beschlussvorlagen gefertigt wurden.

Frau Keck ist der Meinung, der Rat müsse sich nicht mit jeder Kleinigkeit beschäftigen. Aber die Rechte eines jeden einzelnen Ratsmitgliedes dürfen nicht beschnitten werden. Sie



bittet um Akteneinsicht auf Antrag. Eine Ablehnung der Sache müsse begründet sein.

Frau Goll findet nichts Skandalöses dabei, Debatten zu führen. Das sei ja sogar gewollt. Sie plädiere für mehr Öffentlichkeit und Transparenz insgesamt, auch wenn noch nicht alles perfekt beraten wurde. Das Interesse an der Veranstaltung im Reepschlägerhaus war ein gutes Beispiel.

Die Bürgermeisterin würde sich freuen, wenn es so wäre. Aber es gab zuletzt wieder Probleme. Sie sei in Sorge, dass Dinge wieder zerrissen werden und die Verwaltung zurechtgewiesen wird. Es müsse ein Konsens gefunden werden, um die Stadt zu entwickeln.

Herr Wunderlich könne sich Frau Keck und Frau Goll in Teilen anschließen. Mehr Transparenz wäre auf jeden Fall gut. Möglicherweise könne die Akteneinsicht dokumentiert werden.

Herr Weidenbach spricht sich für ein Ergebnis- statt Wortprotokoll aus.

Herrn Rothe habe es getroffen, kein Vertrauen geschenkt bekommen zu haben. Er fragt sich, wie es weitergehen soll. Schließlich seien hier alle Ratsmitglieder zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Die Bürgermeisterin könne das verstehen und es gehe ihr genauso. Aber sie sieht sich auch in der Pflicht, die Mitarbeitenden zu schützen. Die Verwaltung sei sehr um Transparenz bemüht. Darum werde immer wieder aus der Verwaltung berichtet und es gibt das Bürgerinformationssystem in Allris.

Herr Dr. Murphy nimmt Bezug auf den kürzlich verstorbenen deutschen Philosophen Jürgen Habermas, der sich mit dem Strukturwandel in der Öffentlichkeit, also Stammtisch versus Soziale Medien, beschäftigt. Er bezeichnet die Presse als die vierte Gewalt in der Demokratie. Debatten seien die Essenz der Demokratie. Und dazu müsse es Whistleblower geben. Es sei nicht sträflich, wenn Ideen zu jedem Zeitpunkt öffentlich diskutiert werden. Alle Politiker*innen reden mit der Öffentlichkeit. An die Bürgermeisterin gerichtet sagt er, die Politik und die Verwaltung säßen zwar in einem Boot, aber mit unterschiedlichen Funktionen. Das Bild der Verwaltung sei verbesserungswürdig.

Die Bürgermeisterin könne das nachvollziehen. Sie möchte aber, dass sich Bürger beteiligen. Leider gibt es aber Stimmen, die Unwahrheiten wiedergeben. Und es sei für die Mitarbeitenden schwer, wenn sie über sich in den Sozialen Medien lesen. Darüber hinaus sei sie auch für Debatten, aber es gibt Grenzen.

Frau Petersen bezieht sich auf eine Meldung im Radio zum Zustand der Presselandschaft im Sinne von Einschränkungen, die sie nachdenklich gestimmt habe. Sie greift die Worte von Herrn Rothe auf und möchte Vertrauen als Ratsfrau zurückbekommen. Es sei manchmal schwierig mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Die Welt sei kein „Blumenstrauß“.

Herr Weidenbach stellt den Antrag auf Ende der Debatte, weil sie so nicht weiterführend ist.

Der Vorsitzende begrüßt die Debatte, hat auch noch fünf Personen auf der Rednerliste, lässt aber über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja / 14 Nein / 3 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	18	14	3
CDU-Fraktion	11	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	7	1
SPD-Fraktion	0	5	1
WSI-Fraktion	4	0	0



FDP-Fraktion	3	1	0
Die Linke im Rat	0	1	1

Herr Jochen Lüchau ist der Meinung, man könne nicht behaupten, sich gegenseitig zu vertrauen, wenn es nicht stimmt. Es gebe immer Menschen, die ein schlechtes Bild von der Verwaltung haben und umgekehrt.

Frau Keck findet diese Debatte wertvoll und überfällig, warnt jedoch davor, zwei Themen miteinander zu vermischen. Hasserfüllte Diskussionen seien ein Phänomen unserer Zeit. Im Kreistag wurde von der Gleichstellungsbeauftragten auch über viele tätliche Angriffe auf Mitarbeitende berichtet. Es sei eine große Aufgabe, die Mitarbeitenden zu schützen, damit sie nicht das Ziel von Anfeindungen werden. Die Demokratie werde aktuell „angeschossen“. Die Kontrolle der Verwaltung sei nichts Bösartiges.

Frau Heyer möchte nicht Einsicht in Akten nehmen, um Fehler zu finden, sondern um zu verstehen und für eine bessere Verständigung untereinander. Die Politik fordere Informationen um zu verstehen, denn sie müsse letztlich „die Hand heben“. Die Verwaltung müsse nicht vor der Politik geschützt werden. Sie glaube, damit für einen großen Teil des Rates zu sprechen.

Frau Süß ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass hier niemand etwas gegen Journalismus habe. Auch dort steige der Druck. Gute Journalisten seien etwas anderes als Social Media. Dieser Unterschied müsse klargestellt werden. Auf Facebook werden unter Pseudonymen Sachen gesagt, die face-to-face so nicht erfolgen würden. Davor wolle die Bürgermeisterin die Mitarbeitenden schützen. Aber dagegen stünden die Rechte des Rates. Vielleicht sei ein Weg, Protokolle zu anonymisieren und Vorschläge zu kennzeichnen.

Herr Tschamper greift dasselbe wie seine Vorrednerin auf und plädiert für Ergebnisprotokolle. Eine Beantwortung der Frage durch die Bürgermeisterin sei gewünscht. Der Informationsfluss sei für die Vorbereitung wichtig.

Die Bürgermeisterin sagt es sei nicht so, dass die Politik nicht informiert wurde. Die Listen wurden immer angepasst. Die Protokolle der AGs seien nicht standardisiert. Sie stellt klar, dass es nicht darum gehe, dem Rat etwas vorzuenthalten. Sie freue sich über die Debatte und wünsche sich, dass sich alle beteiligen.

10.1.3 Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der FDP-Ratsfraktion (Rat 13.11.2025) zur Verlagerung des Standesamtes in das Reepschlägerhaus oder die Einrichtung eines Trauzimmers als Außenstelle des Wedeler Standesamtes.

MV/2026/030

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schilling ergänzt, dass eine Anfrage nachgelegt wurde, nachdem auf die letzte Anfrage zum Thema die Antwort so spät kam und Beschlüsse nicht umgesetzt wurden. Das Trauzimmer wurde nicht geprüft. Sie erinnert daran, dass offen kommuniziert werden und Beschlüsse umgesetzt werden sollen.

Die Bürgermeisterin antwortet, die Antworten waren da, aber es gab technische Probleme. Es habe das ganze Jahr über Gespräche mit dem Förderverein Reepschlägerhaus gegeben. Das wurde auch auf wedel.de klargestellt. Das Konzept des Vereins soll im nächsten BKS vorgestellt werden. Im Übrigen seien Trauungen im Reepschlägerhaus durchaus möglich, ein Standesamt aber nicht.

Sie würde jetzt gerne Fragen mitnehmen und beantworten und dann ggf. im nichtöffentlichen Teil noch etwas dazu sagen.

Frau Kärgel sagt, dass die Fragen der FDP-Fraktion definitiv nicht beantwortet wurden und

von technischen Störungen war nichts bekannt. Sie hält eine intensive Diskussion für sehr wichtig und hofft, dass der nächste Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport stattfindet. Außerdem würde sie ein Trauzimmer begrüßen. Dann fragt sie nach dem Sachstand Förderverein.

Im Rahmen der Beantwortung geht die Bürgermeisterin auch auf unterschiedliche Fragen ein und beantwortet diese:

1. Personal

Die Mitarbeiterbefragung wird erst 2027 durchgeführt, weil in 2026 die Regelbeurteilungen anstehen.

Der Personalbericht komme nach der Sommerpause, weil die Fachdienstleitung an den Fachdienst Bildung, Kultur und Sport ausgeliehen wurde. Dort sind viele Stellen nicht besetzt.

Die Fachdienstleitung Bauaufsicht ist seit dem 01.04.2026 wieder besetzt.

Es müsse eine riesige Prioritätenliste überarbeitet werden.

2. Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Die nächste Sitzung soll nicht stattfinden, weil es nur einen Tagesordnungspunkt gibt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Ladungsfrist noch nicht abgelaufen sei und über die Einladung der Ausschussvorsitzende nach Besprechung mit der Verwaltung entscheide.

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass für das Reepschlägerhaus es jetzt für ein Jahr Planungssicherheit gebe.

Es werde dauern, Lösungen zu erarbeiten, aber es werde wieder besser.

Frau Heyer kündigt an, eine Tagesordnung für die Sitzung zu beantragen. Die Sitzung müsse auf Verlangen von einem Drittel der Ausschussmitglieder einberufen werden. Und es gebe noch mehr wichtige Themen zu besprechen.

Frau Hellmann-Kistler findet es keine gute Idee, sich mit einer Beschlussvorlage zu beschäftigen, wenn dafür keine Mehrheit da ist.

Frau Keck findet, dass diese Diskussion zu der von eben passe. Der Rat verhandelt nicht, was die Ausschüsse zu tun haben. Es gibt eine öffentliche Diskussion und es sei ein Gebot, diese auch zu führen. Jeder an seinem Ort. Sie sieht die Absage einer Ausschusssitzung kritisch, weil man miteinander sprechen müsse. Der richtige Ort für allgemeine Gespräche sei der Ausschuss.

Die Bürgermeisterin findet das völlig nachvollziehbar. Es gab mehrere Gründe zu empfehlen, das Thema im Juni zu behandeln. Aber das entscheidet der Ausschussvorsitzende.

Herr Eichberger könne nachvollziehen, dass die Durchstecherei etwas mit den Mitarbeitenden im Rathaus mache, ebenso, wenn Vorlagen unter Zeitdruck erstellt werden müssen. Es müsse auf Augenhöhe diskutiert werden.

Die Bürgermeisterin wiederholt, die Beschlussvorlage zur Musikschule sei ein Vorschlag gewesen.

Herr Barop findet es schwieriger, wenn Themen kommen, die langfristig gelten sollen. Es gibt einen Ratsbeschluss, dass Fraktionen vor einer Ausschussabsage noch einmal nach möglichen Themen gefragt werden.

Frau Kärgel merkt an, dass die Vorlage im letzten Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss vertagt wurde. Wenn es keine neuen Erkenntnisse gibt, würde es auch keinen Sinn machen, die Vorlage zu behandeln. Sie fragt, ob es neue Erkenntnisse gibt.

Die Bürgermeisterin verneint das. Eine Mitarbeiterin müsse sich da erst einarbeiten und Gesprächen hätten noch nicht stattgefunden.



Frau Drewes fragt, ob die vorgelegte Beschlussvorlage denn überhaupt ein Konsolidierungsvorschlag sei.

Die Bürgermeisterin sagt, es gehe nicht um die Beschlussvorlage. Es müsse der Kommunikationsablauf betrachtet werden, also abstimmen, was wo besprochen wurde. Daher bittet sie um Diskussion im Juni.

Herr Wunderlich habe ein Anliegen, weil der Ausschussvorsitzende erwähnt wurde. Er möchte wissen, ob bei der Absage der richtige Weg gegangen wurde und ob die Verwaltung an den Vorsitzenden herangetreten ist.

Die Bürgermeisterin tituliert die Absage als pragmatischen Vorschlag, weil Unterlagen nicht fertiggestellt sein werden.

Der Vorsitzende sagt, Ende der Ladungsfrist sei Dienstag, 23:59 Uhr.

Frau Keck betont, dass nur der Ausschussvorsitzende einlädt bzw. absagt und niemand sonst. Auch wenn die Vorschläge aus der Verwaltung kommen. Es gehe darum, wer in welcher Rolle wofür verantwortlich ist.

Frau Drewes meint, die Bürgermeisterin habe darauf hingewiesen, nicht der Vorsitzende und nicht die Verwaltung.

Frau Kärgel wundert sich über das Verfahren und versteht nicht, dass die Vorlage aus dem letzten Ausschuss verwiesen wurde. Einen Beschlussvorschlag könne man doch auch ablehnen.

Die Bürgermeisterin sagt, es wurde so formuliert, dass der TOP in die nächste Sitzung vertagt wird.

Frau Heyer versteht nicht, warum es dringend notwendig ist, sich auf den TOP vorzubereiten. Die Stadt Wedel befindet sich in der Haushaltskonsolidierung und würde 13.000 € sparen. Außerdem verstehe sie nicht, warum über jeden „Kleinbetrag“ diskutiert wird. Und eine neue Gebührensatzung für den Ganzttag liege auch noch nicht vor.

Die Bürgermeisterin könne nicht nachvollziehen, warum nicht respektiert wird, dass sich Mitarbeitende wieder einarbeiten müssen.

Und eine neue Gebührensatzung solle nicht überhastet erlassen werden.

Herr Koschnitzke mahnt, das habe nichts mit diesem TOP zu tun.

Frau Petersen sieht es außer Frage, dass sich Mitarbeitende wieder einarbeiten möchten. Aber es gebe seit letztem Freitag neue Erkenntnisse und das Plenum dafür sei der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Der Vorsitzende weist auf die vorangeschrittene Zeit hin.

Anlage 1 zu TOP 10.1.3 2026_04_27_Anfrage FDP_Reepschla?gerhaus

10.1.4 Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

MV/2026/031

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Kiwitt dankt für die Mitteilungsvorlage und die Info an die Bevölkerung. Der Vorgang sei juristisch richtig dargestellt und eine politische Entscheidung.

Die Erste Stadträtin berichtet auf Nachfrage über Schwierigkeiten, die bei der Rückabwicklung zum 01.07.2023 mit dem Haushaltsprogramm bestehen würden. Ein Über-/Unterschuss ist bei der neuen Kalkulation zu berücksichtigen. Das sei der gängigste Weg.

Herr Rüdiger verliest eine Mitteilung mit Fragen der SPD-Fraktion. Diese sind in Allris hochgeladen.

Die Bürgermeisterin sagt die Beantwortung der Fragen zusammen mit der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Anlage 1 zu TOP 10.1.4 Anfrage_GRÜNE zur Straßenreinigungsgebührensatzung-
29.04.2026

Anlage 2 TOP 10.1.4 Gebührensatzung Kalkulation Straßenreinigung

10.1.5 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

1. Personalsituation:
Es geht in einigen Bereichen aufwärts.
Problematisch seien nach wie vor die Nachbesetzungen der Leitung im Justizariat, die Fachbereichsleitung Bildung, Familie und Kultur sowie die Personalsituation in 4-40.
Die Bürgermeisterin bittet daher um Nachsicht.
2. Zum Reepschlägerhaus ist zur Zeit alles gesagt.
3. Badebucht:
Vom Förderprogramm des Bundes gab es leider keinen Zuschlag.
Aktuell laufen noch zwei kleinere Förderanträge aus Landesmitteln. Für die Badebucht wurde ein Antrag beim Landesprogramm gestellt.
4. Baustellen in der Stadt:
Autal
Bahnhofstraße
5. Bürgerstiftung:
Zunächst müsse ein Vorstand zusammengesetzt werden, dann kommen Beirat und Mitglieder. Es wird laufend berichtet.
6. Herr Wunderlich fragt nach der Beantwortung seiner Anfrage zur Baumaßnahme im Autal. Die Antwort wird dem Protokoll angefügt.

Anlage 1 TOP 10.1.5. 6. Anfrage der CDU-Fraktion zu den Bauarbeiten im Autal und Beantwortung

10.1.6 Bericht aus den Beteiligungen

MV/2026/032

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10.2 Öffentliche Anfragen

1. In Heist sollte ein neuer Gewerbepark entstehen. Da die Fläche aufgrund veränderter Sicherheitslage nunmehr doch nicht zur Verfügung steht, stellt Frau Goll die Frage, ob die Stadt proaktiv auf die dort Interessierten zugehe.
 2. Pressemitteilung AWO-Sozialberatung:
Die Mitarbeitenden hören zum 30.04.2026 auf.
-

Ist es richtig, dass diese Leistung auch von der Villa erbracht wird?
Antwort: Es wurde im Sozialausschuss ausführlich darüber informiert.

3. Herr Weidenbach verweist auf den Kodex „Respekt im Rat“. Beiträge sollen nur zum Tagesordnungspunkt und so kurz wie möglich gehalten werden.
Frau Heyer ergänzt, dass alle vorbereitet in die Sitzung gehen sollen.
4. Der Seniorenbeirat erinnert an den Prüfauftrag Sichere Querung der Mühlenstraße und fragt, wann mit Ergebnissen zu rechnen sei.
Die Fachdienstleitung Bauen und Umwelt antwortet, das soll der Nachhaltigkeitsmanager untersuchen. Dabei gehe es vorrangig um Schulwegsicherung.
Der Seniorenbeirat gibt zu bedenken, dass das Thema unbedingt auch die Senioren betreffe.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

14 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert darüber, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst wurden.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Julian Fresch

Protokollführung:

Kirsten Gragert

